

---

Klaus Schönhoven

## Sozialdemokratie und Gewerkschaften

### Historische Aspekte einer schwierigen Partnerschaft

---



*Prof. Dr. Klaus Schönhoven, geb. 1942 in Würzburg, Studium der Geschichte, Politischen Wissenschaft und Germanistik in Würzburg und München, lehrt Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim.*

---

In den aktuellen Diskussionen über das Verhältnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften wird oft der Eindruck erweckt, die derzeit zu beobachtenden politischen Meinungsunterschiede und persönlichen Spannungen zwischen den Repräsentanten der SPD und des DGB seien historisch beispiellos. Mit ihnen würde, so wird behauptet, eine lange und harmonische Partnerschaft zu Ende gehen, in der zwischen beiden Organisationen immer eine Gemeinsamkeit der Interessen und der Ziele bestanden habe. Derartige Einschätzungen dramatisieren die gegenwärtigen Konflikte und verklären die komplexe Beziehungsgeschichte zwischen gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung. Denn diese war von Anfang an von einem unterschiedlichen Rollenverständnis, von strategischen Differenzen und voneinander abweichenden Emanzipationskonzepten der handelnden Akteure geprägt. Die Partei- und Gewerkschaftsführer besaßen schon vor anderthalb Jahrhunderten trotz prinzipiell gleichartiger Wertorientierung und trotz gegenseitiger Abhängigkeit im Organisationsalltag ein jeweils eigenes politisches oder gewerkschaftliches Funktionsverständnis, das nicht deckungsgleich war und viele Reibungsmöglichkeiten aufwies. Konsens und Dissens begleitet die gemeinsame Geschichte beider Bewegungen seit ihrer Gründung in der Mitte des 19. Jahrhunderts.

#### I.

Bereits im Kaiserreich kam es immer wieder zu Grundsatzdebatten über die Frage, welche spezifische Rolle die Gewerkschaften im Emanzipationskampf der Arbeiterbewegung spielen sollten. Die Parteitheoretiker und Parteigründer der Sozialdemokratie vertraten im Laufe dieses Jahrzehntelang andauernden Meinungsstreites zunächst den Standpunkt, die Ge-

werkschaften seien lediglich Rekrutenschulen der politischen Arbeiterbewegung, die sich dem programmatischen Primat der Partei unterordnen müssten und ihre praktische Arbeit an deren Leitlinien zu orientieren hätten. Hingegen waren die Gewerkschaftsführer entschlossen, sich der ideologischen Bevormundung durch die Partei zu entziehen und das Prinzip der Gleichberechtigung in den Beziehungen zur Sozialdemokratie durchzusetzen.

Der von der SPD in ihrem Erfurter Programm 1891 verkündete Grundsatz, „der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung“ sei „notwendigerweise ein politischer Kampf“ stieß in den Führungsgremien der Gewerkschaften nicht auf ungeteilten Beifall. Dort war man keineswegs dazu bereit, sich dem Primat der Partei zu beugen und deren klassenkämpferische Parolen in die Tat umzusetzen. Im Grundsatzstreit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung über den richtigen Weg zum demokratischen und sozialistischen Zukunftsstaat plädierten die Wortführer der Gewerkschaften für eine Strategie der kalkulierten Schritte, für eine Emanzipationstaktik mit Augenmaß, die auf kontinuierliche Entwicklungsprozesse setzte und nicht auf sozialrevolutionäre Entwicklungsbrüche hoffte. Damit bestand im Wilhelminischen Kaiserreich ein tief greifender Widerspruch zwischen den sozialdemokratischen und den gewerkschaftlichen Transformationskonzepten, der unter dem gemeinsamen Dach der Arbeiterbewegung oft nur noch durch Formelkompromisse überbrückt werden konnte.

Einer dieser Kompromisse war das Mannheimer Abkommen von 1906, das die Kontroversen zwischen SPD und Gewerkschaften über die Führung eines politischen Generalstreiks beilegte und die gemeinsame Verantwortung beider Organisationen bei Massenaktionen betonte. Damit gab die Partei ihren Primatsanspruch auf und anerkannte die realen Macht- und Mehrheitsverhältnisse in der Arbeiterbewegung. Ohne die organisatorische Kraft und finanzielle Unterstützung der Gewerkschaften wäre ein politischer Massenstreik nämlich nicht durchführbar gewesen, zumal die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder zu diesem Zeitpunkt etwa viermal so groß war wie jene der Parteimitglieder. An dieser Gewichtsverteilung änderte sich in den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg nichts mehr, in denen die Gewerkschaften ihre Gleichberechtigung mit der Partei verteidigten und der Dualismus von reformerischer Praxis und revolutionärer Ideologie die praktische Politik der Sozialdemokratie prägte.

Nach dem Kriegsbeginn im Sommer 1914 konnte diese Doppelstrategie nicht mehr länger die Leitlinie der deutschen Arbeiterbewegung sein. Partei und Gewerkschaften standen vor der Herausforderung, ihre ambivalenten Positionen räumen zu müssen und sich für oder gegen die Unterstützung des Kaiserreichs im Krieg auszusprechen. Bekanntlich fiel die Entscheidung für die Bewilligung der Kriegskredite bereits in den ersten Augusttagen des Jahres 1914, als sich die Gewerkschaften prompt für eine Kooperation mit der Reichsregierung aussprachen und damit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zuvorkamen, die sich erst zwei Tage später auf eine Politik des Burgfriedens festlegte. Während des Ersten Weltkrieges verfestigte sich diese Parteinahme der Gewerkschaften für das Kaiserreich dann immer mehr und ihr Profil als kompromisslose Verfechter der Vaterlandsverteidigung gewann scharfe Konturen. Gleichzeitig zerbrach jedoch die organisatorische Einheit der Sozialdemokratie im Streit um die weitere Zustimmung zum Krieg und entstand mit der Unabhängigen Sozialdemokratie eine heterogene Partei aus Pazifisten und Revolutionären.

Die Integration in den nationalen Staat, die enge Zusammenarbeit mit den Militärbehörden an der „Heimatfront“ und das Streben nach koalitionsrechtlicher Ebenbürtigkeit mit den Arbeitgebern prägten die Kriegspolitik der Gewerkschaften. Sie ließen sich vom Kaiser-

reich als Ordnungsmacht auf dem Arbeitsmarkt in die Pflicht nehmen, erreichten ihre staatliche Anerkennung und schufen die institutionellen Fundamente für eine Kooperation von Kapital und Arbeit, die nach dem militärischen Zusammenbruch der Hohenzollernmonarchie in der Zentralarbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern weiter ausgebaut wurde. Während der Kriegszeit wuchsen aber auch die Spannungen zwischen den Führungsgremien der Gewerkschaften und ihren kriegsmüden Mitgliedern, die in Massenstreiks ihren Unmut über die Arbeitsbedingungen in der Rüstungsindustrie Luft verschafften. Und auch die SPD-Spitze musste die Erfahrung machen, dass sich die spontanen Protestbewegungen der Arbeiterschaft politisch nicht mehr kanalisieren ließen. Diese mündeten schließlich im Herbst 1918 in einer revolutionären Umsturzbewegung, an der sich Partei- und Gewerkschaftsmitglieder gleichermaßen beteiligten, ohne Anweisungen ihrer Führungen abzuwarten.

## II.

Die Revolution von 1918/19 veränderte die Handlungsbedingungen für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung grundlegend und zwang alle Flügel und Fraktionen, ihre Strategievorstellungen zu überdenken. Nach der Entmachtung der Monarchie und der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD musste die Rollenverteilung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie neu definiert werden. Beide Seiten hatten ihr prinzipielles Verhältnis zur pluralistischen Demokratie zu klären, beide Seiten hatten sich aber auch darüber zu verständigen, wie viel Autonomie es in der Arbeiterbewegung geben musste, wo es Grenzen der Gemeinsamkeit zwischen Partei und Gewerkschaften gab und wie dennoch der solidarische Zusammenhalt bewahrt werden konnte, wenn es um die Verteidigung der gemeinsam gewollten und nur gemeinsam zu sichernden republikanischen Ordnung ging.

Die Geschichte der kurzlebigen Weimarer Republik liefert viel Anschauungsmaterial für die schwierigen Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Zunächst schlossen die Gewerkschaften ein antirevolutionäres Zweckbündnis mit den Unternehmern, setzten auf den Schulterchluss von Arbeit und Kapital bei der Überwindung der unmittelbaren Nachkriegsprobleme und versagten sich einer sozialistischen Neuordnung der Wirtschaft, wie sie beispielsweise die Rätebewegung forderte. Das Projekt einer bilateralen und autonomen Regelung der Arbeitsmarktbeziehungen durch Gewerkschaften und Unternehmer scheiterte jedoch schon im Ansatz, weil sich bald zeigte, dass die revolutionsbedingte Kompromissbereitschaft der Arbeitgeber nach der Umsturzphase von 1918/19 schnell wieder abflaute. Ohne gesetzliche Garantien und ohne Interventionen der Politik konnte der fragile Weimarer Sozialstaatskompromiss nicht verteidigt werden. Die Gewerkschaften hatten die Lektion zu lernen, dass ihr Arm nur dann stark war, wenn sie parlamentarischen Rückhalt besaßen. Nach Lage der Dinge war hier die Sozialdemokratie ihr mit Abstand wichtigster Ansprechpartner.

In den Reihen der Sozialdemokratie musste man sich nach dem Staatsumsturz im November 1918 von der im Kaiserreich eingeübten Rolle verabschieden, auf der politischen Bühne nur als grundsatzfeste Oppositionspartei zu agieren. Mit der Übernahme von Regierungsverantwortung war die Zustimmung zu Koalitionskompromissen und die Preisgabe von Maximalforderungen verbunden, ging es darum, einen gangbaren Weg zwischen programmatischer Prinzipientreue und parlamentarischem Pragmatismus zu finden. Als revolutionäre Gründungspartei und als republikanische Staatspartei der Weimarer Demokratie

hatte es die SPD jedoch schwer, die spezifischen Erwartungen ihrer eigenen Anhänger zu erfüllen und gleichzeitig ihre darüber hinausreichenden Verpflichtungen gegenüber einem pluralistisch strukturierten Gemeinwesen wahrzunehmen, das weder ein Gewerkschaftsstaat noch ein Marionettenstaat des Monopolkapitals war, wie die Kommunisten behaupteten. Dabei lastete auf der Partei ein enormer Außendruck, dessen ideologische Bandbreite vom linken Radikalismus bis zur autoritären und schließlich nationalsozialistischen Republikfeindschaft reichte. Diese antirepublikanische Daueroffensive von links und rechts wirkte sich auf die parteiinternen Diskussionen und auf die Wahlchancen der Sozialdemokratie aus, aber sie spiegelte sich auch im Binnenverhältnis zu den Gewerkschaften wider, die sich gleichzeitig gegen den Arbeiterradikalismus von Syndikalistinnen und Kommunisten und gegen die Gewerkschaftsfeindschaft des Großkapitals an Rhein und Ruhr behaupten mussten.

Der zwischen dem reaktionären und dem revolutionären Putschismus noch gangbare Weg wurde für die Sozialdemokratie wie für die Gewerkschaften immer enger. Hatte der gewerkschaftliche Massenstreik gegen den Kapp-Putsch im Frühjahr 1920 die Republik noch vor einem schnellen Ende gerettet, so zeigte sich in den folgenden Jahren mehr als deutlich, dass der Glaube der Gewerkschaftsführer an die eigene Stärke als Kraft des demokratischen und sozialen Fortschritts auf Sand gebaut war: Der Staat musste während der Währungskatastrophe von 1923 als Nothelfer der Gewerkschaften in die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit intervenieren und als Schlichter in Tarifkonflikten tätig werden; die gewerkschaftlichen Vorstellungen von einer wirtschaftsdemokratischen Umformung des Kapitalismus scheiterten schon vor der Weltwirtschaftskrise am geschlossenen Widerstand der Unternehmer, die dann die Verschärfung der Verteilungskämpfe und das beispiellose Anwachsen der Arbeitslosigkeit nutzten, um einen Generalangriff auf die sozialstaatlichen Normen der Weimarer Republik zu starten.

Gleichzeitig verengte sich der politische Bewegungsspielraum der Sozialdemokratie immer mehr, wobei auch der Druck des Gewerkschaftsflügels in der Reichstagsfraktion seine Wirkung entfaltete. Bis heute steht das Faktum im Kreuzfeuer der Kritik, dass im März 1930 die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik zerbrach, weil die Gewerkschaften einem SPD-Kanzler die Gefolgschaft verweigerten und ihn damit zum Rücktritt veranlassten. Gegen die These, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung habe damit der Destabilisierung der Demokratie selbst den Weg bereitet, wird man allerdings anführen müssen, dass die Exponenten der antirepublikanischen Rechten zu diesem Zeitpunkt längst entschlossen waren, die autoritäre Umgestaltung der von ihnen abgelehnten Republik zu erzwingen. Gegen den Radikalismus von rechts und links, gegen die antidemokratische Fronde der Funktionsebenen in Wirtschaft, Militär, Justiz und Verwaltung konnten weder die Sozialdemokraten noch die Gewerkschaften eine breite Widerstandsbewegung mobilisieren. Der Untergang der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Frühjahr 1933 kann als kampflose Kapitulation vor einer vielfach vernetzten Übermacht von Konservatismus und Nationalsozialismus charakterisiert werden. Der schnelle Zerfall der ersten deutschen Demokratie und ihrer sozialen Fundamente kann aber auch als ein Lehrstück analysiert werden, das veranschaulicht, wie schnell und wie hoffnungslos Sozialdemokratie und Gewerkschaften in die politische und soziale Defensive geraten, wenn sie sich der konzertierten Angriffe ihrer Gegner nicht gemeinsam erwehren.

### III.

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich als die zweite formative Phase der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bezeichnen. Aus den organisatorisch und programmatisch zersplitterten Richtungsgewerkschaften, die sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hatten, entstanden nun unter dem Dach des DGB parteipolitisch unabhängige Einheitsgewerkschaften. In ihrer Gründung spiegelten sich die Lektionen der Zwischenkriegszeit wider, vor allem die bittere Erfahrung der kollektiven Ohnmacht aller Flügel der Arbeiterbewegung während der Zeit des Nationalsozialismus; in ihr spiegelte sich aber auch das einheitsstiftende Vermächtnis der im Widerstand gegen das braune Terrorregime umgekommenen Gewerkschafter wider. Zugleich war die Entscheidung für die Einheitsgewerkschaft eine Option für die Zukunft, denn den Gründern des DGB stand klar vor Augen, dass nur durch die Bündelung der eigenen Kräfte ein gewerkschaftliches Gegengewicht gegen den national wie international verflochtenen Privatkapitalismus aufgebaut werden konnte.

Weniger erfolgreich als bei ihrer organisatorischen Wiedergründung waren die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie bei der Verwirklichung ihrer programmatischen Vorstellungen in der frühen Bundesrepublik. Während die SPD in der Adenauer-Ära im Dreißig-Prozent-Turm im Bundestag zu einer verbitterten und chancenlosen Daueropposition zu verkümmern drohte, scheiterten die Gewerkschaften bei der Verwirklichung ihrer programmatischen Prinzipien. Ihre Grundsätze zur Neugestaltung der Wirtschaft, die an die wirtschaftsdemokratischen Konzepte der 1920er-Jahre anknüpften und zugleich die in den ersten Nachkriegsjahren an Rhein und Ruhr erreichte Montanmitbestimmung auf alle Wirtschaftssektoren ausdehnen wollten, erwiesen sich schon bald als unerfüllbare Wunschvorstellungen. Über sie ging in den 1950er-Jahren die politische und ökonomische Entwicklung einfach hinweg. Weder wählten die Bundesbürger 1953 „einen besseren Bundestag“, wie der DGB in seinem Wahlauf Ruf forderte, noch ließen sich die gemeinwirtschaftlichen Ideale der Gewerkschaftsbewegung in einer Zeit durchsetzen, in der Planwirtschaft und Sozialisierung als die typischen Steuerungsinstrumente des Sowjetkommunismus angeprangert wurden und das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ Wachstum und Wohlstand brachte. Gewerkschaften und SPD handelten zwar in enger Partnerschaft, aber es war eine Partnerschaft von Ohnmächtigen, wenn man auf ihre gemeinsamen Erfolgchancen blickt.

Erst der Abschied vom milieuzentrierten Traditionalismus der alten Arbeiterbewegung und die politische und programmatische Modernisierung von SPD und DGB in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts leiteten einen grundlegenden Wandel ein. Das Godesberger Programm der SPD von 1959 und das Düsseldorfer Grundsatzprogramm des DGB von 1963 stimmten in ihrer Generalrichtung überein: Beide Programme verzichteten auf die visionäre Beschwörung einer besseren Gesellschaft jenseits des Kapitalismus und formulierten keine sozialistischen Endziele mehr; beide Programme akzeptierten die Marktwirtschaft und ihre Mechanismen; beide Programme forderten einen Ausbau des sozial verfassten Rechtsstaates; beide Programme stellten die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als gestaltende Kräfte der Demokratie dar und forderten die Berücksichtigung ihrer Interessen. Die Sozialdemokratie entwickelte eine kooperative Oppositionsstrategie und wollte politisch nicht mehr alles anders machen als die von der CDU/CSU geführte Regierung. Die Gewerkschaften konzentrierten sich auf eine aktive Lohnpolitik und setzten auf den Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital.

#### IV.

Während der 1960er- und frühen 1970er-Jahre wurde die Bundesrepublik zum Modellstaat der Sozialpartnerschaft, in dem fleißig gearbeitet, wenig gestreikt und immer mehr verdient wurde. Zwar warf die Rezession von 1966/67 erste Schatten auf den „rheinischen Kapitalismus“, aber in der Zeit der Großen Koalition und in den ersten Jahren der sozial-liberalen Ära konnten diese schnell vertrieben werden, als Regierung, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften in einer konzertierten Aktion die Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik harmonisierten und das Wirtschaftswachstum in Westdeutschland einen goldenen Herbst erlebte. Die Gesinnungsgemeinschaft zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften hatte dennoch Belastungsproben zu überstehen - hier ist vor allem an die gewerkschaftliche Opposition gegen die Notstandsgesetze oder an die Tarifkonflikte im öffentlichen Dienst zu erinnern -, doch der traditionelle Zusammenhalt wurde nur zeitweise erschüttert. Allerdings zeichneten sich auf verschiedenen Politikfeldern bereits in diesen Jahren Bruchstellen und Risse in den Beziehungen der beiden Organisationssysteme ab: Als Volkspartei konnte die Sozialdemokratie nicht mehr Gewerkschaftspartei sein und als Regierungspartei war sie, wie schon während der Weimarer Republik, auf Koalitionspartner angewiesen, die ihr Kompromisse abverlangten, mit denen die Gewerkschaften oft unzufrieden waren. So scheiterte die Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung, eine zentrale programmatische Forderung des DGB, am Veto der FDP. Die Reform euphorie, die sich nach dem Regierungsantritt von Willy Brandt ausgebreitet hatte, verflieg schnell und machte einer tiefen Ernüchterung Platz.

Als mit der Ölkrise im Herbst 1973 die Boomphase endgültig zu Ende ging, stand nicht mehr der weitere Ausbau des Sozialstaates auf der politischen Agenda, sondern es standen Einschnitte in das soziale Netz an, um die wachsende Staatsverschuldung einzudämmen. Der jahrzehntelang für die gewerkschaftliche Tarif- und Gesellschaftspolitik gültige Leitsatz, man müsse wirtschaftliches Wachstum in soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Fortschritt ummünzen, büßte an Schwung- und Überzeugungskraft ein. Mit der Krise der industriellen Arbeitsgesellschaft und der Diskussion über die ökologischen Grenzen des Wachstums, mit dem Anstieg der Massenarbeitslosigkeit und der gleichzeitigen Ausbreitung eines bis dahin unbekanntes technologischen Innovationstempos auf dem Arbeitsmarkt begann eine Phase der gewerkschaftlichen Verunsicherung und Orientierungssuche. Hatte man zu Beginn der sozial-liberalen Ära als Anwalt von Arbeitnehmerinteressen resolut und entschlossen für eine Ausweitung des Sozialstaates und eine Verbesserung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten gekämpft, so musste man seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre um den Erhalt des Erreichten bangen.

Die Gewerkschaften gerieten während des ökonomischen und mentalen Klimasturzes unter doppelten Druck. Einmal mehr prägten Spannungen das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie, einmal mehr wurde die Loyalität vieler Gewerkschafter zur regierenden SPD auf eine harte Bewährungsprobe gestellt, einmal mehr war zwischen den Maximen der gewerkschaftlichen Interessenpolitik und den Notwendigkeiten einer staatlichen Konsolidierungspolitik während einer Konjunktur- und Haushaltskrise kein Mittelweg mehr zu finden. Die innerparteiliche Opposition gegen die Nachrüstungspolitik der Regierung, der sich rasch bis in die Jugendverbände der Gewerkschaften hinein verbreitende Pazifismus und ökologisch motivierter Skeptizismus der Neuen Sozialen Bewegungen und das in den gewerkschaftlichen Stammgebieten mobilisierte Protestpotential gegen den „sozialen Kahlschlag“ der Bundesregierung marschierten zwar getrennt, aber sie erschütterten gemeinsam den Rückhalt des sozialdemokratischen Kanzlers Helmut Schmidt und

untergruben dessen Autorität in der sozial-liberalen Koalition. Der Regierungschef geriet schließlich in die missliche Rolle, außerhalb der eigenen Partei und außerhalb der Gewerkschaften mehr Zustimmung als in den eigenen Reihen zu finden. Der von Schmidt herbeigeführte Koalitionsbruch im Herbst 1982 war eine Entscheidung gegen die FDP, deren Führung zuvor monatelang auf einen Regierungswechsel hingearbeitet hatte. Zugleich war er aber auch eine Entscheidung gegen die eigene Partei, die ihren Kanzler weitgehend im Stich gelassen hatte, und sie war eine Entscheidung gegen die prominenten Kritiker im DGB und in der IG Metall, die eine Mitgliederkampagne gegen die Regierungspolitik inszeniert hatten und dabei das Scheitern der sozial-liberalen Koalition billigend in Kauf nahmen.

In der Folgezeit konnten sich die Gewerkschafter und die Sozialdemokraten sechzehn Jahre lang mit einer christlich-liberalen Regierung auseinandersetzen, deren neokonservative und neoliberale Rezepte gegen die Wachstums- und Beschäftigungskrise sich zwar als weitgehend wirkungslos erwiesen, deren Forderungen nach einer gesellschaftlichen „Tendenzwende“ aber in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit tiefe mentale Spuren hinterließen. Hinzu kam, dass nach dem Zerfall der kommunistischen Systemkonkurrenz am Beginn der 1990er-Jahre der äußere Legitimationsdruck auf die wohlfahrtsstaatliche Ausgestaltung der kapitalistischen Staatenwelt wegfiel. Sie musste sich nun nicht mehr als ein antikommunistisches Magnetfeld präsentieren, dessen Anziehungskraft auch in seiner sozialen Kraft wurzelte. Gleichzeitig wurden die Gewerkschaften als Dinosaurier des Industriezeitalters charakterisiert und saßen auf der Anklagebank der marktradikalen Modernisierer. Ferner war in den Feuilletons vom „Elend der Sozialdemokratie“ und vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ die Rede und auch davon, dass sich die Arbeiterbewegung mit ihren Erfolge als Wegbereiter der sozialen Demokratie buchstäblich überflüssig gemacht habe. In diesem gesellschaftlichen Klima verschlechterten sich die Chancen für die Durchsetzung von Demokratisierungskonzepten in der Wirtschaft immer mehr. Für die Gewerkschaften standen nun der Erhalt der institutionellen Sicherungssysteme des Sozialstaates und der Kampf gegen Entlassungswellen im Mittelpunkt ihrer Anstrengungen, während die SPD bei Bundestagswahlen erneut im Dreißig-Prozent-Turm eingemauert wurde.

Nach der Rückkehr an die Regierungsmacht im Herbst 1998 knüpfte die Sozialdemokratie an ihre traditionellen Orientierungen an und signalisierte zugleich, dass sie auch neue Wege gehen werde. Dies sollten die beiden Leitbegriffe „soziale Gerechtigkeit“ und „gesellschaftliche Innovation“ zum Ausdruck bringen. Allerdings waren die Antworten auf die Fragen, wie man dem neoliberalen Marktfundamentalismus und einem sich weltweit immer dichter vernetzenden Kapitalismus entgegentreten wollte, wie sich das Wohlstandsgefälle zwischen West- und Osteuropa ausgleichen ließ und wie man die Massenarbeitslosigkeit in den europäischen Industriestaaten und das Massenelend in den Entwicklungsländern gleichzeitig verkleinern konnte, alles andere als eindeutig. Aber auch die Gewerkschaften haben bis heute noch nicht hinreichend geklärt, ob ihre überkommenen regulativen Leitbilder, die sich vor allem an einer aktiven Beschäftigungspolitik und an einer Absicherung des bestehenden Sozialstaates orientieren, weiterhin uneingeschränkt Bestand haben können. Gewerkschaften und Sozialdemokratie sollten sich endlich darüber verständigen, welche Prioritäten eine gerechtigkeitsbezogene Politik setzen muss und welche gemeinsamen Ziele überhaupt noch unter dem Doppeldruck von Staatsverschuldung und Massenarbeitslosigkeit erreichbar sind. Ein Zerwürfnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie war nie - dies zeigen jedenfalls die historischen Erfahrungen - der Beginn einer Wende zu mehr Chancengleichheit, zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zu mehr solidarischem Zusammenhalt in der deutschen Gesellschaft.